

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für regionale Entwicklung

2006/2043(INI)

28.4.2006

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen
Rechtsvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionen
(2006/2043(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Grażyna Staniszevska

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass der Haushalt der EU bei gleichzeitig anwachsenden Aufgaben im Bereich regionale Entwicklung immer knapper bemessen ist und daher die Akquirierung privater Mittel immer wichtiger wird,
- B. in der Erwägung, dass die Mittel für Aufgaben im Bereich regionale Entwicklung im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) erhöht werden können, worauf die positiven Erfahrungen einiger Mitgliedstaaten hindeuten,
- C. in der Erwägung, dass die öffentliche Hand im Rahmen von ÖPP die Möglichkeit hat, vom Fachwissen von Privatunternehmen und von Mechanismen für die Aufteilung von Verantwortung und Risiken zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zu profitieren, was zu mehr Qualität und einer größeren Kontinuität öffentlicher Dienstleistungen sowie Kostensenkungen bei der Umsetzung von Aufgaben und Einsparungen bei den knappen Mitteln für diese Maßnahmen führen kann,
- D. in der Erwägung, dass das Konzept von ÖPP noch weitgehend unbekannt ist und dass für die Beseitigung der bestehenden Zweifel klare und transparente Verhaltensregeln und Sachverstand in diesem Bereich notwendig sind, insbesondere bezüglich der Tätigkeit von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen,
 - 1. erkennt an, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine bessere Definition des Begriffs ÖPP vorgenommen werden muss und zur Gewährleistung der Rechtssicherheit die Vergabe von Konzessionen unter strenger Unterscheidung zwischen Konzessionen und öffentlichen Aufträgen geregelt werden muss, ohne dabei jedoch die rechtlichen Regelungen für ÖPP noch komplexer zu gestalten;
 - 2. beglückwünscht die Kommission zu der durch dieses Grünbuch durchgeführten öffentlichen Befragung, wobei es die Anhörung der verschiedenen betroffenen Partner, einschließlich der Partner auf regionaler und lokaler Ebene, für grundlegend hält;
 - 3. ist der Ansicht, dass Grundsätze für die Errichtung und das Funktionieren institutionalisierter ÖPP, die Möglichkeiten, ihnen Aufträge zu erteilen, sowie das neue Verfahren des wettbewerblichen Dialogs unter Berücksichtigung von Möglichkeiten zum Schutz des geistigen Eigentums in den Mitteilungen der Kommission unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips erläutert werden sollten, einschließlich Erklärungen hinsichtlich der Verwendung öffentlicher Finanzhilfen im Rahmen von ÖPP, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten;
- 4. regt an, die durch die Urteile des Gerichtshofs¹ entstandene Rechtsunsicherheit bei

¹ „Stadt Halle“ (C-26/03) Urteil des Gerichtshofes vom 11. Januar 2005, *Rechtssache Stadt Halle u.a. gegen Arbeitsgemeinschaft Thermische Restabfall- und Energieverwertungsanlage TREA Leuna*, Slg. 2005, S. I-0001.
„Parking Brixton“ (C-458/03) Urteil des Gerichtshofes vom 13. Oktober 2005, *Rechtssache Parking Brixen*

Inhouse-Definitionen schnell zu beseitigen, indem die geltende Vergaberichtlinie 2004/18/EG¹ ergänzt wird; fordert, dass alle rechtlichen Schritte auf das Ziel der Erleichterung von institutionalisierten ÖPP-Gründungen ausgerichtet werden;

5. fordert die Kommission auf, schnellstmöglich und in Abstimmung mit der Europäischen Investitionsbank ein Europäisches Zentrum für Fachwissen im Bereich ÖPP ins Leben zu rufen, das möglichst auf bestehenden Strukturen basieren sollte und die Fortschritte und Ergebnisse von ÖPP regelmäßig bewertet sowie in allen Amtssprachen der EU Veröffentlichungen über entsprechende Kenntnisse und den Erfahrungsaustausch zu bewährten Verfahren bei ÖPP-Konstruktionen in den verschiedenen Bereichen vornimmt, worüber den Organen der Gemeinschaft Bericht erstattet wird und woraus die Mitgliedstaaten sowie lokale und regionale Behörden Nutzen ziehen können;
6. hält es für erforderlich, dass im Rahmen des geplanten Europäischen Zentrums für Fachwissen im Bereich ÖPP beispielhafte Projekte (Modellprojekte) für sich häufig wiederholende Situationen ausgearbeitet werden, in denen die ÖPP die besten Ergebnisse liefern; diese beispielhaften Projekte sind zusammen mit einem Katalog von Praktiken, die sich in den Mitgliedstaaten bewährt haben, vor allem für diejenigen Mitgliedstaaten eine große Erleichterung, die den ÖPP gegenüber Vorbehalte hegen;
7. fordert die Kommission auf, bei der Regelung künftiger ÖPP-Konstruktionen sowie der derzeitigen Folgenabschätzung einer Rechtsvorschrift zu Konzessionen die Belange regionaler Selbstverwaltung ernsthaft zu berücksichtigen und regionale sowie kommunale Interessenvertreter bei der Ausarbeitung künftiger Regelungen zu beteiligen;
8. ist der Ansicht, dass im Rahmen von ÖPP in allen Mitgliedstaaten die Heranziehung von privatem Kapital als Teil der nationalen Beteiligung an den Strukturfonds unbedingt notwendig ist und ÖPP in das Verzeichnis der Begünstigten dieser Fonds aufgenommen werden sollten, wodurch sich die Entwicklungsmöglichkeiten in allen Regionen verbessern werden;
9. ist der Ansicht, dass die rasche Verwirklichung des JASPERS-Programms und die Einbeziehung des Konzepts von ÖPP in die Kohäsionspolitik es ermöglichen werden, komplizierte ÖPP-Projekte zu finanzieren und im Rahmen von ÖPP die Ausarbeitung gut vorbereiteter Projekte zu fördern.

GmbH gegen Gemeinde Brixen und Stadtwerke Brixen AG, Slg. 2005, S. 00000.

“Coname v. Comune di Cingia de' Botti case” (C-231/03) Urteil des Gerichtshofes vom 21. Juli 2005, *Rechtssache Consorzio Aziende Metano (Coname) gegen Comune di Cingia de' Botti*, Slg. 2005, S. 00000. **und andere**

¹ Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 114).

VERFAHREN

Titel	Öffentlich-private Partnerschaften und gemeinschaftliche Rechtsvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionen
Verfahrensnummer	2006/2043(INI)
Federführender Ausschuss	IMCO
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Datum der Bekanntgabe im Plenum	REGI 16.2.2006
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum	16.2.2006
Verfasser(-in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Grażyna Staniszezwska 11.7.2005
Ersetzte(r) Verfasser(-in) der Stellungnahme	-
Prüfung im Ausschuss	22.2.2006
Datum der Annahme	20.4.2006
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 35 -: 7 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alfonso Andria, Elspeth Attwooll, Jana Bobošíková, Graham Booth, Bairbre de Brún, Gerardo Galeote Quecedo, Iratxe García Pérez, Eugenijus Gentvilas, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, Ambroise Guellec, Pedro Guerreiro, Marian Harkin, Konstantinos Hatzidakis, Jim Higgins, Alain Hutchinson, Mieczysław Edmund Janowski, Gisela Kallenbach, Tunne Kelam, Miloš Koterec, Constanze Angela Krehl, Sérgio Marques, Miroslav Mikolášik, Lambert van Nistelrooij, Jan Olbrycht, Markus Pieper, Francisca Pleguezuelos Aguilar, Elisabeth Schroedter, Alyn Smith, Grażyna Staniszezwska, Margie Sudre, Salvatore Tatarella und Oldřich Vlasák.
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Inés Ayala Sender, Bastiaan Belder, Thijs Berman, Simon Busuttil, Brigitte Douay, Louis Grech, Marcin Libicki, László Surján und Manfred Weber.
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Sharon Bowles
Anmerkungen (nur in einer Sprache verfügbar)	-